

tung und Rechtlosigkeit in den Konzernbetrieben mit den demokratischen Verhältnissen in unseren volkseigenen Betrieben. Immer wieder erheben sie ihre alte Forderung: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein.“ Zwar bemüht sich ein ganzes Heer von bürgerlichen Ideologen, den Arbeitern einzureden, daß der Monopolkapitalismus eigentlich gar kein Kapitalismus mehr sei, daß es gar keine Monopolherren, sondern nur noch „Manager“ gäbe, daß man von Klassen und Klassenkampf nicht mehr reden könne usw. Aber diese Mätzchen können die Arbeiter nicht von ihren grundlegenden Forderungen nach Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum und nach Herstellung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse abbringen. In dieser Situation tritt die Kommunistische Partei Deutschlands als mutige Vertreterin der Interessen der vielen Millionen Werktätigen in der Bundesrepublik auf und zeigt trotz allem gegen sie gerichteten Terror den Weg zur Sicherung des Friedens.

Aber nicht nur die kommunistischen, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter fordern immer dringender, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland zu ändern. Diese Stimmung der Arbeiter zeigt sich jetzt in der Vorbereitung zum bevorstehenden Parteitag der SPD, der vom 10. bis 14. Juli 1956 in München stattfindet. In nahezu 100 Anträgen an den Parteitag aus Bezirksverbänden, Unterbezirken, Kreisverbänden und Ortsvereinen fordern die Mitglieder der Sozialdemokratie die Verhinderung der Wehrpflicht, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten und grundlegende Reformen des Staates und der Wirtschaft.

So wird in einem Antrag des Unterbezirkes Frankfurt am Main eine „völlige Neuordnung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage“ gefordert, und es heißt: „Die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie, der Banken und Versicherungsgesellschaften ist heute vordringlicher denn je. Nur so kann verhindert werden, daß die neue technische Entwicklung und die Machtfülle privatkapitalistischer Konzerne zu ähnlichem Mißbrauch der kapitalistischen Macht wie in der Weimarer Republik führt.“ Im Antrag des Unterbezirkes München wird festgestellt, daß der Monopolbesitz an der Grundstoffindustrie eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft bedeutet. Der Ortsverein Coblenz-Asterstein verlangt, durch Sozialisierung der Grundstoffindustrie die unumschränkte Machtstellung der Konzernherren zu brechen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Werktätigen Westdeutschlands von ihren Forderungen nach Entmachtung der Konzernherren und Militaristen nicht abgehen werden. Auch in Deutschland gehört nicht dem Monopolkapitalismus, sondern dem Sozialismus die Zukunft. Vor den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, vor den Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen steht die Aufgabe, noch größere Erfolge im sozialistischen Aufbau zu erringen, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und die neuen größeren Aufgaben des zweiten Fünfjahrplanes zu meistern. Jeder Erfolg der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik erleichtert den Kampf der Werktätigen in Westdeutschland und ist ein Schritt zur Herstellung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Damit aber schaffen wir die Voraussetzung für den endgültigen Sieg des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts in ganz Deutschland.